

Entwicklungen & Trends 2022

Welt ohne Hunger rückt in weite Ferne

von Stig Tanzmann

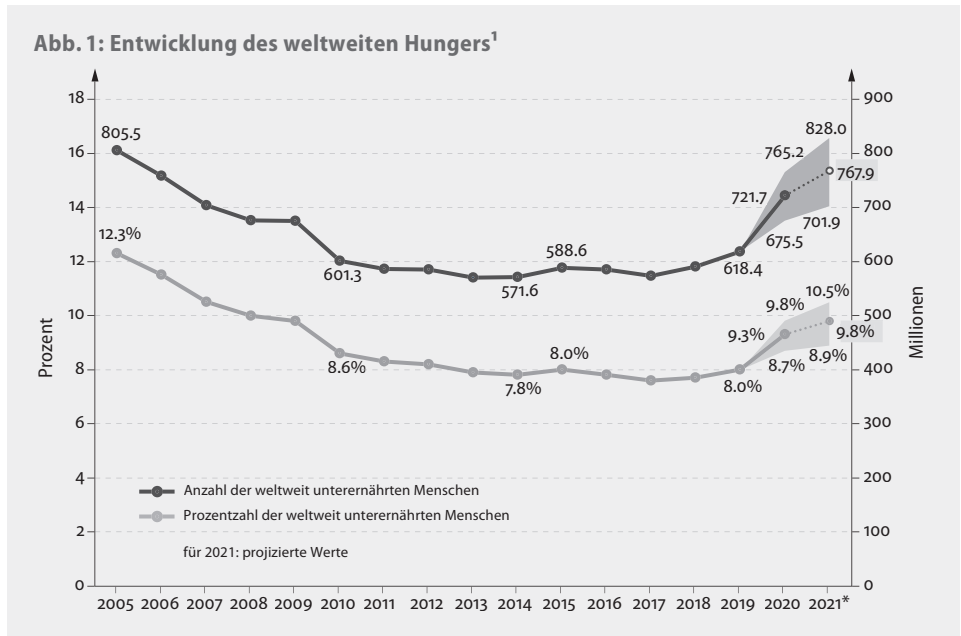
Der Angriff Russlands auf die Ukraine und seine Folgen für das Welternährungssystem haben die Hungerthematik sprichwörtlich mit aller Gewalt zurück ins Zentrum der politischen und medialen Aufmerksamkeit gebracht. Endlich wird darüber berichtet, dass bis zu 828 Millionen Menschen hungern (Abb. 1) und dass eine Welt ohne Hunger in immer weitere Ferne rückt und die Ziele der Agenda 2030 nicht mehr zu erreichen sind. Doch in der Analyse der Hungerlage konzentrieren sich Politik und Medien allzu häufig auf den Krieg und seine Folgen. Dabei gerät schnell aus den Augen, dass Hunger und Mangelernährung komplexe, gewachsene globale Probleme sind und bereits vor dem Angriff Russlands bis zu 811 Millionen Menschen hungerten.

Will man dem Hunger endlich etwas entgegensetzen, ist daher die Frage entscheidend, von welcher Ausgangslage aus man auf die Wirkung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf die Welternährung schaut. Ist der russische Angriffskrieg der Hauptgrund für die stark steigenden Hungerzahlen oder sind die Hungerzahlen bereits vorher stark gestiegen? Legen die Kriegsfolgen also weitere Schichten von Problemen auf eine sich vorher bereits dramatisch verschlechternde Welternährungslage oder wird die Verschlechterung allein vom Krieg ausgelöst? Die Beantwortung dieser Fragen ist zentral, nicht nur wenn man nach Antworten auf die sich immer weiter zuspitzende Welternährungskrise sucht, sondern auch, wenn es darum geht, die verschiedenen Antworten, die auf die Welternährungskrise gegeben werden, angesichts der neuen bipolaren Geopolitik einordnen zu können. Auch sollte einen immer die Frage leiten, was hilft den Betroffenen wirklich, welche der Antworten bzw. Lösungsvorschläge hat das Recht auf Nahrung im Fokus und welche eher die Interessen von mächtigen Agrarexporteurern oder Produzenten.

Verständlicherweise fokussierten viele Berichte und Initiativen schon aufgrund der direkten oder indirekten Betroffenheit auf die Ukraine als vermeintliche »Kornkammer der Welt«. Und es war wichtig zu analysieren und zu verstehen, was der Krieg für die Welternährungslage bedeuten wird. Doch allzu häufig ist dabei der Kontext verloren gegangen und wurden alle Probleme der Welternährung mit dem Angriff auf die Ukraine verknüpft. Je länger der Krieg andauert, umso wichtiger ist es, diese Verkürzung aufzubrechen. Denn sie nützt denen am meisten, die von der Lage am meisten profitieren und sie instrumentalisieren. Dies ist allen voran die Russische Föderation, die ganz bewusst den Welthunger instrumentalisiert, um Gefolgschaft zu erpressen und von den eigenen Kriegsverbrechen abzulenken. Aber auch

Hunger und Mangelernährung – nicht nur eine Folge des Krieges

Zentrale Frage: Was hilft den hungernden Menschen wirklich?



andere Akteure profitieren oder versuchen zu profitieren. Zu nennen sind Börsenspekulanten, agrarexportorientierte Staaten und Agrarkonzerne. Wichtig ist: Es müssen endlich Lösungen für und mit denen von Hunger und Mangelernährung Betroffenen gefunden werden.

Die Ausgangslage vor dem Krieg

Dafür gilt es, auf die Ausgangslage vor dem Angriff auf die Ukraine zu schauen. Bereits die Corona-Pandemie hatte die Hungerzahlen auf bis zu 811 Millionen hungernde Menschen im Jahr 2021 erhöht. Was ein Plus von bis zu 150 Millionen Hungernden innerhalb eines Jahres bedeutete. Leider wurde diese drastische Entwicklung öffentlich und politisch fast nicht wahrgenommen. Die Anzahl der Hungernden stieg auch deshalb so stark, weil viele internationale Agrarwertschöpfungsketten durch verschiedene Lockdowns und Krankheitswellen unterbrochen oder zusammengebrochen waren. Dies betraf besonders stark die Menschen und Staaten, die am wenigsten zahlungskräftig waren und sind. Gleichzeitig lag der Fokus bei der Antwort auf diese von der Corona-Pandemie verursachten Probleme für die Welt-ernährung vor allem auf der Wiederherstellung der langen, von multinationalen Konzernen dominierten Agrarwertschöpfungsketten. Dies insbesondere in Richtung der besonders kaufkräftigen Märkte im globalen Norden und in China. Nicht im Fokus stand aber die Stärkung der Ernährungssouveränität und der Unterstützung lokaler Produzent:innen, die immer wieder erfolgreich versuchten, während der Pandemie die Lücken in der Versorgung gerade der Ärmsten der Armen zu schließen.

Keine Hilfe zur Selbsthilfe

Es wurden also nicht die Kräfte gestärkt, die trotz extrem bescheidener Mittel die Hilfe zur Selbsthilfe organisierten.² Ganz im Gegenteil: Der Fokus lag darauf, Abhängigkeitsverhältnisse aufrechtzuerhalten und wo möglich noch auszuweiten. Das Recht auf Nahrung spielte in der Debatte um die Corona-Hunger-Pandemie keine Rolle – wenn im globalen Norden überhaupt wahrgenommen wurde, dass es diese Hungerpandemie gab. Die Mittelschicht des globalen Nordens war von der Hungerpandemie nicht betroffen, das auf Supermärkte ausgerichtete Ernährungssystem lief für sie auf Kosten der anderen und zum großen Gewinn der Konzerne weiter. Die von Hunger und Mangelernährung Betroffenen wiesen aber immer wieder im Rahmen des Civil Society and Indigenous Peoples Mechansim (CSIPM) im UN-Ausschuss für Welternährung (CFS) auf diese Problematik hin: dass ihnen nicht geholfen und

**Folgen der
Corona-Pandemie für
die Welternährung**

ihre Selbsthilfe nicht unterstützt wird.³ Sie forderten und fordern mit Unterstützung des Sonderbeauftragten für das Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, eine koordinierte Krisenantwort, die auf dem Recht auf Nahrung basiert und die im CFS debattiert wird. Diese koordinierte menschenrechtliche Krisenantwort forderten sie erst für die coronabedingte Hungerpandemie und jetzt wieder für die Folgen des Ukraine-Kriegs. In ihrer Analyse ist der Krieg eine weitere Krisenschicht, die sich drastisch verschärfend auf ein sich seit Längerem bereits in der Krise befindendes Welternährungssystem legt.

Keine Krisenantwort im CFS, dafür aber ein Food Systems Summit

Eine koordinierte Krisenantwort auf die Corona-Pandemie im CFS verhinderten jedoch insbesondere die nahrungsmittelexportierenden Staaten oder Staatenblöcke. Von Argentinien über Brasilien hin zu der EU, der Ukraine und über die USA bis zu Russland, um nur die wichtigsten zu nennen, herrschte in dieser Frage merkwürdige Einigkeit.

Stattdessen wurde ab 2020 und dann ganz stark 2021 der Food Systems Summit der Vereinten Nationen (UNFSS) forciert, der mitten in der Pandemie das Thema der »Ernährungssysteme« setzen sollte.⁴ Merkwürdig war von Beginn an, dass dieser Gipfel weder auf dem Recht auf Nahrung noch den erfolgreichen Beteiligungsstrukturen des CFS aufbaute. Auch hatte er nicht zum Ziel, eine Antwort auf die Hungerpandemie zu formulieren. Folgerichtig lief die Zivilgesellschaft gegen den Gipfel Sturm und organisierte einen Gegengipfel. Aus heutiger Sicht muss man konstatieren, dass der UNFSS das erreicht hat, was CSIPM und Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung befürchtet hatten: Mit seinem diffusen Multistakeholder-Ansatz schwächte der UNFSS das Recht auf Nahrung und trug zur Fragmentierung der Welternährungsarchitektur bei, indem er das CFS in seiner Bedeutung herabsetzte.

Mit Blick auf die heutige Krise wirken aber auch zwei weitere Folgen des UNFSS schwer. Denn anders als das Narrativ des UNFSS nahelegt, *bremste* dieser die Transformation des Welternährungssystems, statt sie zu befördern. Gleiches gilt für den dringend notwendigen agrarökologischen Umbau des Welternährungssystems. Im CFS wurden seit einigen Jahren Politikempfehlungen zur Stärkung von Agrarökologie erarbeitet und freiwillige Leitlinien zu *Food Systems and Nutrition* entworfen. Beide Prozesse waren mit hohen Ambitionen gestartet und hätten der Welt einen politischen Kompass für Wege aus der Ernährungskrise geben können; gerade, weil in diesen Prozessen falsche Pfadabhängigkeiten und Machtungleichgewichte benannt sowie die Rolle der Agrar- und Ernährungskonzerne sehr kritisch beleuchtet wurden. Angesichts des völlig überhöhten UNFSS wurden die beiden CFS-Prozesse von der Staatengemeinschaft jedoch nicht mehr ambitioniert zu Ende verhandelt. Am Ende standen – verglichen mit dem Anspruch zu Beginn der Prozesse – schwache Ergebnisse, die zwar immer noch stärker als die Ergebnisse des UNFSS waren, aber vom CSIPM nicht mitgetragen werden konnten. Zu *Food Systems and Nutrition* verfasste dieser vielmehr ein eigenes Visionsdokument, um seine Ansprüche an zukünftige Ernährungssysteme zu formulieren.⁵

Ab Herbst 2021 zeigt sich: keine Energiewende ohne Agrarwende

Keinen ambitionierten globalen Fahrplan zur Förderung der Agrarökologie zur Transformation der Ernährungssysteme zu haben, begann sich bereits im Herbst 2021 zu rächen, als China begann, den Einsatz von Kohle und Gas für die chemische Stickstoffproduktion zu drosseln, um seine Klimaziele erfüllen zu können. Die Folge waren steigende Düngemittelpreise, die sich gleich in steigende Lebensmittelpreise übertrugen. Erst als die chinesische Zentralregierung eingriff und verschiedene Provinzen anwies, trotz Klimawirkung wieder mehr Stickstoffdünger zu produzieren, begann sich die Lage zu entspannen.⁶ Hier wurde deutlich: Klimakrise und Ernährungskrise müssen zusammengedacht werden. Dies gilt allerdings auch für die Antworten. Angesichts der massiven Abhängigkeit des auf billigen fossilen Rostoffen basierenden Systems der langen globalen Wertschöpfungsketten, über die Produkte für und von der Grünen Revolution vermarktet werden, wird deutlich, dass es als Antwort auf den Klimawandel einer agrarökologischen Transformation der Ernährungssysteme bedarf.

Die steigende CO₂-Bepreisung ab Herbst 2021 zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens lies nicht nur im asiatischen Raum die Preise für Düngemittel und damit für Lebensmittel, die aus dem System der Grünen Revolution stammen, steigen.⁷ Gerade auch in Europa

**Diffuser
Multistakeholder-Ansatz
schwächt das Recht
auf Nahrung**

**Letztlich gescheitert:
der Food Systems Summit**

**Klima- und
Ernährungskrise müssen
zusammengedacht
werden**

**Ohne billige fossile
Energie keine
Grüne Revolution**

war dieser Preisanstieg zu spüren und spiegelte sich im Food Price Index der FAO wieder.⁸ Die zunehmende Durchsetzung von Klimaschutzmaßnahmen bedeutet, dass die Versprechen der Grünen Revolution, Ertragssteigerungen auf Basis der Erhöhung des Einsatzes externer Inputs (die aus fossiler Energie gewonnen werden) und bei Vernachlässigung der Umwelt zu generieren, nicht mehr funktionieren. Diese billige fossile Energie, die die Grüne Revolution braucht, um Ertragssteigerungen auf dem Rücken der Natur zu erzielen, ist einfach nicht mehr vorhanden. Diese Erkenntnis wird weiter von der Politik verdrängt, da ein Umsteuern harte Einschnitte beim Agrobusiness bedeuten und eine drastische Abkehr vom business as usual erfordern würde. Eine Abkehr und einen Weg in die Zukunft, den schon der Welt-agrarbericht (IAASTD) vor bald 15 Jahren angemahnt hat.⁹

Der Zusammenhang von billiger fossiler Energie und niedrigen Nahrungsmittelpreisen wurde und wird klimapolitisch nicht ausreichend bedacht. Dies gilt auch für all die neuen Wunderwerke der Gentechnik, die für viele Wissenschaftler:innen und Politiker:innen eine Schlüsselrolle in der technisch dominierten Debatte um die Anpassung an den Klimawandel spielen sollen. Auch dieses gentechnisch veränderte, angeblich klimaangepasste Saatgut braucht billigen Dünger, um die versprochenen Erträge überhaupt liefern zu können, und hat lange Transportwege vom Labor aufs Feld.

Die fragmentierte Welternährungsarchitektur

Der UNFSS hatte zur Folge, dass die Welternährungsarchitektur noch fragmentierter wurde als sie es bereits in den Jahren zuvor war. Bereits vor dem UNFSS wurde im Rahmen des CFS immer wieder deutlich, dass sich einige Staaten eine Rückkehr zu einem stark technisch und ertragsgeprägten Welternährungsbegriff wünschen und wenig glücklich damit waren, dass das Recht auf Nahrung immer stärker auch in Produktions- und Ernährungssysteme ausdifferenziert wird. Die parallelen CFS-Prozesse zu Agrarökologie und Ernährungssystemen begannen zu zeigen, wo die Alternativen zum agrarindustriellen business as usual liegen und wie sie in Politikempfehlungen gegossen werden könnten. Letztlich wurden diese Prozesse auf Druck der Profiteure des bestehenden Systems so abgeschwächt, dass sie nicht mehr die Hälfte ihres Potenzials entfalten konnten.

**Rückschritte
auf UN-Ebene**

Statt die dringend notwendige Transformation des Agrar- und Ernährungssystems einzuleiten, trat das Gegenteil ein: Mit dem UNFSS wurde der *role back* aufs Parkett der Vereinten Nationen gehoben. Es wurden gerade mit Blick auf Agrarökologie viele Befürchtungen geäußert, die Prozesse in CFS und FAO würden zu einer Okkupierung des Konzepts durch Industrie und Konzerne führen. Sicher gab es hier Versuche der Vereinnahmung von Agrarökologie. Aber das Konzept, das stark von der Industrie vereinnahmt wurde, ist nicht die Agrarökologie, sondern das der »Ernährungssysteme«. Eindrückliches Beispiel hierfür ist die Umbenennung von AGRA, der sog. Alliance for a Green Revolution in Africa, eine 2006 durch die Bill & Melinda Gates Foundation und die Rockefeller Foundation gegründeten Entwicklungshilfeorganisation speziell für Afrika. Die »Grüne Revolution« wurde im Sommer 2022 aus dem Namen gestrichen und das ganze durch *Sustainably Growing Africans Food Systems* ersetzt.¹⁰ Dass AGRA seinen Namen geändert hat, ist sicher ein Erfolg jahrelanger Kampagnen der Zivilgesellschaft. Gleichzeitig darf man sich nicht täuschen lassen. Agnes Kalibata als Präsidentin von AGRA war Sonderbeauftragte für den Food Systems Summit. Spätestens als es gelang, die diffusen Prozesse des UNFSS zu verstetigen und Gelder für sie einzuwerben, machte es Sinn, den alten Namen fallen zu lassen, um mit neuem Slogan die alte Arbeit fortsetzen und gleichzeitig neue Gelder und Geber akquirieren zu können.

**AGRA: neuer Slogan,
neues Geld – alte Arbeit**

Zusammengefasst: Die Welternährungsarchitektur ist seit 2021 stark fragmentiert und konnte bereits keine Antwort auf die Corona-Hunger-Pandemie finden. Das Recht auf Nahrung ist für viele Freunde des UNFSS nicht die zentrale Richtschnur ihres Handelns. Gleichzeitig wurden und werden harte Auseinandersetzungen darüber geführt, ob und wie die Ernährungssysteme der Welt transformiert werden sollen. Zusätzlich zeigen zunehmende Klimaschutzmaßnahmen das Ende der Versprechen der Grünen Revolution auf. Auf diesen Versprechungen beruht aber der Teil des Welternährungssystems, der auf lange Wertschöpfungsketten ausgerichtet ist und die Handlungen der Staatschefs der mächtigen Staaten von G7 bis G20 bestimmt.

Der Ukrainekrieg und seine Folgen für die Welternährung

In dieser schon angespannten Situation, in der die Welt auf eine akute Ernährungs Krise nicht reagiert hat und in der die Welternährungsarchitektur immer stärker fragmentiert wurde, überfällt Russland am 24. Februar 2022 die Ukraine. Schon zu Beginn des Krieges hungern 811 Millionen Menschen. Der russische Angriff verschärft diese und viele weitere bestehenden Krisen. Diese Krisen werden aber nicht mit dem Ende des Kriegs gegen die Ukraine beendet sein.

Getreide als Waffe – Hunger als Waffe

Von Beginn an war es russisches Kriegsziel, die Ukraine vom Meer und damit vom Export und Import von Waren abzuschneiden. Dies auch deshalb, um die aufstrebende ukrainische Agrarexportwirtschaft (Abb. 2) als Devisenbringer für den unabhängigen ukrainischen Staat zu zerschlagen. So sollte die Ukraine auch ökonomisch, nicht nur militärisch in eine neue Abhängigkeit von Russland geführt werden.



Als Folge des Angriffskriegs und der Blockade der ukrainischen Exporthäfen bricht der Handel mit Agrargütern aus der Schwarzmeerregion komplett zusammen und die Preise auf den Weltmärkten explodieren. Auch aus russischen Häfen laufen kaum noch Getreidefrachter aus. In der Folge erschweren westliche Sanktionen den russischen Export von Getreide und Düngemitteln. Machen ihn aber, anders als von Russland behauptet, nicht unmöglich.

Ganz gezielt nutzt Russland von Beginn des Kriegs an Hunger als Waffe. Es soll deutlich werden: Ohne russische Zustimmung wird es keine Exporte mehr von Lebensmitteln aus der Schwarzmeerregion geben. Dies ist eine drastische Drohung an die internationale Staatengemeinschaft allgemein. Insbesondere trifft sie aber die nahrungsmittelimportierenden Staaten in Afrika und im Nahen Osten, die sich angesichts der russischen Drohung, Lebensmittel und Dünger nur bei Wohlverhalten zu liefern, genau überlegen müssen, wie sie sich bei Abstimmungen in der Vollversammlung der Vereinten Nationen über den Ukraine-Krieg verhalten. Die Drohung verfehlt ihre Wirkung nicht, gerade bei vielen afrikanischen Staaten. Sie enthalten sich oder fehlen bei vielen Abstimmungen.

Hunger wurde schon häufig als Waffe eingesetzt. Auch aktuell gibt es Kriege, in denen Hunger brutal zum Brechen des Gegners und zur Unterwerfung der Bevölkerung eingesetzt wird. Traurige aktuelle Beispiele sind die nun vergessenen Kriege in Äthiopien, Jemen und Syrien (hier mit russischer Unterstützung). Das Besondere beim Ukraine-Krieg ist jedoch, dass hier von Russland der ganzen Staatengemeinschaft gedroht wird. Die perfide russische Logik lautet: Wenn die Staatengemeinschaft Russland nicht entgegenkommt, ist sie schuld, wenn Russland weiter die Exporte blockieren muss und so Menschen hungern. Täter und Opferrolle werden hier bewusst verwechselt.

**Russische Drohung:
Lebensmittel und Dünger
nur bei Wohlverhalten**

Das World Food Programm (WFP) und humanitäre Hilfe leiden drastisch unter dem Krieg

Die dramatischen Preissteigerungen auf dem Weltmarkt für Lebensmittel treffen die humanitäre Hilfe und das World Food Programm (WFP) am härtesten. Seit Jahren schon unterfinanziert und darum ringend, dass das Leid der Millionen Menschen in den vielen humanitären Krisen und den Kriegen der Welt (von Äthiopien über Jemen bis Myanmar und einmal quer durch den von Bürgerkriegen zerrütteten Sahel von Burkina Faso bis Südsudan) nicht vergessen wird und die Menschen mit Lebensmitteln versorgt werden können, muss das WFP innerhalb kurzer Zeit neue Bezugsquellen für Lebensmittel finden und mit extrem gestiegenen Preisen umgehen. Nicht immer ist dies möglich, sodass ehemals schon knapp bemessene Rationen weiter gekürzt werden müssen.

Welternährungsprogramm: Rationen müssen gekürzt werden

Hinzu kommt für das WFP und die humanitäre Hilfe das Problem, dass sie – nicht zuletzt aufgrund des Klimawandels – gerade am Horn von Afrika Jahr für Jahr immer mehr Menschen versorgen müssen. Dies auch, weil die notwendigen Schritte zur agrarökologischen Transformation der Ernährungssysteme nicht eingeleitet werden und die Umsetzung des Rechts auf Nahrung für die Staatengemeinschaft zu wenig Priorität hat. Immerhin werden auch aus Deutschland die Gelder für das WFP, trotz Kürzungen im Entwicklungsetat, aufgestockt. Gleichzeitig bleibt die Frage insbesondere an die reichen Industrienationen, ob sie in der Vergangenheit wirklich genügend Aufmerksamkeit auf mittel- und langfristige Ansätze zur Überwindung der Welternährungskrise gelegt und das Bekenntnis zum Recht auf Nahrung mit genügend Inhalt gefüllt haben. Auch muss sich die Bundesregierung fragen, wieso angesichts der Krise der Etat des Entwicklungsministeriums nicht deutlich angehoben wird.

Welthandelsorganisation will Lieferungen an WFP sichern und Märkte offenhalten

Auch die WTO hat sich bei ihrer 12. Ministerkonferenz im Juni 2022 in Genf mit der Preis-krise beschäftigt. In einer Entscheidung verpflichten sich die Mitgliedsländer, Exporte, die für das WFP bestimmt sind, nicht einzuschränken.¹² Dabei wird auch betont, dass das WFP beim Einkauf ohnehin darauf achtet, die Ernährungssituation in den Lieferländern nicht zu verschlechtern. In einer weiteren allgemeineren Ministererklärung¹³ zur Ernährungslage manövrieren die Minister zwischen Appellen, die Agrarmärkte nicht durch weitere Exportbeschränkungen aus der Balance zu bringen, dem in der WTO festgelegten Rechts, Exporte zu beschränken, um auf Ernährungskrisen im eigenen Land zu reagieren, und der Notwendigkeit, die Erzeugung in den von Importen abhängigen Ländern nachhaltig zu steigern. Auf die langjährige Forderung der Mehrzahl der Entwicklungsländer, hierfür mehr agrarpolitischen Spielraum in den WTO-Abkommen zu erhalten, wird nicht eingegangen.¹⁴ Etwas konkreter war der Beschluss, das Subventionsabkommen der WTO zu ergänzen,¹⁵ damit Subventionen für den Fischereisektor nicht mehr in illegale in und unregulierte Fischereien fließen und nicht in solche, die bereits überfischt sind. Dagegen konnte keine Einigung darüber erzielt werden, auch Subventionen zu verbieten, die Überkapazitäten fördern. Zivilgesellschaftliche Gruppen aus dem globalen Süden kritisieren, dass das Abkommen zu viele Schlupflöcher für die Industriestaaten und ihre großen Flotten enthält, während es für kleinere Entwicklungsländer schwierig werden kann, nachzuweisen, dass sie nur zulässige Subventionen zahlen.¹⁶

WTO-Abkommen: zu viele Schlupflöcher für die Industriestaaten

Spekulanten treiben die Preise und die Gewinne an den Börsen

Die Preissteigerung wird insbesondere auch von der Spekulation an den Börsen getrieben.¹⁷ Somit bezahlen die Hungernden erneut den Preis für den Wohlstand der Reichen auf der Welt. Aber gerade auch die Steuerzahler:innen und Bürger:innen der westlichen Demokratien müssen sich und ihre Regierungen unerbittlich fragen, wieso nach der letzten Welternährungskrise nicht der Börsenhandel mit Nahrungsmitteln so reguliert wurde, dass kein Profit mehr mit Nahrungsnot und Hunger gemacht werden kann. Denn letztlich landen viele der Gelder, die nun auch aus dem Bundshaushalt für das WFP aufgestockt werden, um die Not des konkreten Hungers zu mildern, in den Taschen der Reichen und der Börsenfonds.

Hungernde zahlen den Preis für den Wohlstand der Reichen

Hier muss man auch große Fragezeichen hinter Projekte der Ampelregierung wie die Aktienrente stellen. Der Angriff auf die Ukraine hat gezeigt, wie anfällig Börsen dafür sind, gerade in Notzeiten die völlig falschen Reaktionen hervorzurufen und Nöte eher zu verstärken, als sie zu beheben.

Übergewinne der Agrarkonzerne, insbesondere der Düngemittelkonzerne

Auch viele Agrarkonzerne profitieren paradoxerweise vom Krieg und den durch Blockaden und Sanktionen belasteten Weltagrarhandel.¹⁸ Insbesondere westliche Düngemittelkonzerne profitieren trotz Gaslieferstopp aus Russland von den gestiegenen Düngemittelpreisen. Für sie werden die gestiegenen Energiepreise mehr als überkompensiert. Aber auch der Bayer-Konzern kann seine Gewinne, gerade auch mit Glyphosat, deutlich steigern. Diese Gewinnsprünge der Agrarkonzerne in einer Zeit, in der Milliarden Menschen von Armut und Hungertod bedroht sind, lässt die Forderung nach Übergewinnsteuern aufkommen. Aber das nahezu Gegenteil ist in der Politik der Fall: Statt über Übergewinnsteuern zu diskutieren und agrarökologische Alternativen auf den Weg zu bringen, wird in Brüssel darüber beraten, wie mit einer Düngemittelstrategie die Düngemittelproduktion angekurbelt werden kann.¹⁹ Besonders dramatisch sind die stark gestiegenen Düngemittelpreise für die Produzent:innen, die auf das von AGRA angepriesene Modell der Grünen Revolution gesetzt hatten. Ihnen droht massive Verschuldung. Glücklicherweise können sich all jene schätzen, die bereits agrarökologisch arbeiten oder noch Zugang zu bäuerlichem Saatgut haben, dass auch ohne chemischen Stickstoffdünger seine Erträge liefert.

**Forderung nach
Übergewinnsteuern
auch für Agrarkonzerne**

Rolle rückwärts bei der Ökologisierung der Landwirtschaft auf allen Ebenen

Diese Debatte zu Düngemitteln ist leider symptomatisch auch für das Agieren der Agrarpolitik in Deutschland. Anstatt gerade angesichts stark steigender Düngemittelpreise und hoher Lebensmittelpreise die Agrarwende konsequent voranzubringen, wird in Scheibchentaktik eine Ökologisierungsmaßnahme nach der anderen zurückgenommen: von der Bewirtschaftung der Vorrangflächen bis zum Anbau von Weizen nach Weizen (ohne Zwischenfrucht). Eine krisenangepasste Agrarpolitik würde hingegen bedeuten, den Anbau von Leguminosen in der Fruchtfolge festzuschreiben, um so den Düngbedarf zu reduzieren und das Klima zu schützen. Auch bei der Frage der Nutzung von Lebensmitteln für die Produktion von Agrartreibstoffen und der Reduktion der Tierbestände, um die Verfütterung von Getreide zu reduzieren, kamen leider keine oder vor allem keine wirksamen Impulse aus dem Landwirtschaftsministerium. Es zeigte sich außerstande, der Rolle rückwärts hin zu Produktionssteigerungen mit allen Mitteln eine sinnvolle Agenda, gerade auch zum Schutz der bäuerlichen Betriebe, entgegenzustellen.

**Krisenangepasste
Agrarpolitik:
Fehlansage**

Auf einmal kennen alle nur noch Weizen und monokausale Antworten

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine begann die Zeit des Weizens und der monokausalen Antworten, die gut zum Projekt »Rolle rückwärts« der Agrarindustrie und Teilen der Agrarwissenschaften passte. Es wurde fast schon der Eindruck vermittelt, als würde die Welt ohne Weizen untergehen und der Mensch Getreide essen müsste, um sich gesund zu ernähren. Aber man kann sich sehr gut auch *ohne* Weizen ernähren. Nur lässt sich für Bauernverband, Agrarindustrie und Agrarwissenschaften am Beispiel Weizen so gut der Glaube an Produktionssteigerung als Allheilmittel für alle Probleme wiederbeleben. In dieser Debatte wurde immer gewissenhaft verschwiegen, wie intensiv und umweltschädlich der Weizen gedüngt werden muss, um zu Höchstserträgen zu kommen, und wie wenig Geld bäuerliche Betriebe damit verdienen, wenn sie ein paar Dezitonnen mehr pro Hektar ernten. Auch wurde nicht beachtet, wie gering die deutsche Weizenenernte angesichts des weltweiten Bedarfs ist. Aber das Narrativ bzw. der Mythos »Wir ernähren die Welt, wenn wir nur genug düngen und Technik einsetzen dürfen« wurde erfolgreich wiederbelebt. An der Weizendebatte zeigt sich auch, wie wenig Wirkung der UNFSS hatte. Ernährungssysteme beruhen nicht auf *einer* Feldfrucht, sondern auf Diversität – zumindest diese Grundlage hätte der UNFSS setzen müssen.

**Produktionssteigerungen
als Allheilmittel**

Weitere internationale Entwicklungen

Anstatt das CFS einzuberufen und eine menschenrechtsbasierte Antwort auf die verschärfte Hungerkrise zu finden, rief der UN-Generalsekretär António Guterres die UN Global Crisis Response Group (GRCG) ins Leben. Viele überraschte diese Entscheidung, gab es doch bei der letzten Ernährungskrise 2008 schon einmal so ein Krisengremium. Von der damaligen

GRCG wurde die Reform des CFS auf den Weg gebracht, damit endlich Ernährungskrisen auf Basis des Rechts auf Nahrung beantwortet werden können und die von Hunger und Mangelernährung Betroffenen bei der Suche nach Antworten einbezogen werden. Wie aus der Analyse der Ausgangslage deutlich wurde, wäre es extrem hilfreich gewesen, das CFS hätte bereits eine koordinierte Antwort auf die coronabedingte Hungerpandemie geben dürfen. Die Chance, die Menschenrechte zu stärken und den Betroffenen mehr Gehör bei der Suche nach Antworten zu verschaffen, ließ der UN-Generalsekretär leider verstreichen. Hinzu kommt, dass aus der GRCG vor allem Lösungsvorschläge im Sinne des business as usual hervorgehen: Exporte dürfen nicht behindert werden, Handel und niedrigere Düngemittelpreise werden die Probleme lösen.

Und dann kam die Global Alliance for Food Security (GAFS) und änderte was?

Im Mai hoben dann Ministerin Schulze und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft und in enger Kooperation mit der Weltbank die Global Alliance for Food Security (GAFS) aus der Taufe. Ein weiteres Gremium, in dem die Antworten auf die sich verschärfende Welternährungskrise diskutiert und koordiniert werden sollen. Leider ist bei der GAFS noch weniger als bei der GRCG klar, was ihr genauer Mehrwert und ihre Aufgabe ist. Auch hier steht das Recht auf Nahrung nicht im Fokus und eigentlich will die GAFS das leisten, was das CFS schon lange besser kann. Hinzu kommt noch, dass die GAFS, als aus G7 und Weltbank hervorgegangen, geopolitisch eindeutig positioniert ist. Somit ist diese Allianz für viele von der Ernährungskrise betroffene Staaten und auch Teile der Zivilgesellschaft ein problematisches Gremium; dessen zweifelhafter Mehrwert vor allem darin besteht, eine weitere Parallelstruktur zum CFS aufzubauen und die Welternährungsarchitektur weiter zu fragmentieren. Die Absage des CSIPM an die Mitarbeit in den GAFS-Strukturen spricht Bände über die Wirkmächtigkeit der Allianz.²⁰ Hinzu kommt, dass auch aus der GAFS vor allem die gleichen Lösungsvorschläge im Sinne des business as usual hervorgehen: Exporte dürfen nicht behindert werden, Handel und niedrigere Düngemittelpreise werden die Probleme lösen.

**Gremium mit
zweifelhaftem Mehrwert**

Weltklimakonferenz in Ägypten (COP 27)

Bei der UN-Klimakonferenz im November 2022 im ägyptischen Sharm el-Sheik wurde beschlossen, den seit einigen Jahren laufenden Dialog zur Landwirtschaft und Ernährungssicherheit zu einem Arbeitsprogramm auszubauen.²¹ Der Fokus liegt dabei vor allem auf der Anpassung unterschiedlicher landwirtschaftlicher Systeme an den Klimawandel. Aspekte der Emissionsreduktion wie die Speicherung von Kohlenstoff in Böden, vor allem in Grünland, werden immerhin erwähnt. Ein Bezug zur Arbeit des CFS und zur Agrarökologie als Ansatz, der Anpassung an den Klimawandel, Reduzierung der Emissionen und Ernährungssicherheit unter einen Hut bringen kann, wurde auf Druck der USA, Chinas und anderer Länder, die auf agrarindustrielle Methoden setzen, verhindert.

**Agrarökologie
bleibt unerwähnt**

Auch ein Arbeitsprogramm im Rahmen der UN-Klimakonvention wird nicht zu verbindlichen Verpflichtungen der Vertragsstaaten führen, die Emissionen aus der Landwirtschaft zu verringern oder mehr für die Anpassung auszugeben. Dabei ist beides notwendig, um das – trotz Widerständen – bekräftigte Pariser Klimaziel zu erreichen, die Erderhitzung möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Bestenfalls kann es dazu beitragen, dass die Bedeutung der Landwirtschaft in den nationalen Klimaschutz- und Klimaanpassungsplänen sowie bei der internationalen Finanzierung wächst. Die im Beschluss erwähnten Ansätze können dazu beitragen, die Maßnahmen in eine konstruktive Richtung zu lenken.

Getreideabkommen – keine Lösung des Welthungerproblems

Im Juli 2022 gelang es dann den Vereinten Nationen und der Türkei, ein Abkommen zwischen Russland und der Ukraine über den Export von Lebensmitteln und Dünger aus den Schwarzmeerhäfen zu vermitteln. Dieses Abkommen ist bisher der größte Erfolg der Staatengemeinschaft bei der Reaktion auf die verschärfte Ernährungskrise. Erstaunlich war, welche Hoffnung viele in dieses Abkommen gelegt hatten. Dies zeigte sich besonders in der Empörung, die ausbrach, als das erste Schiff, das mit Getreide das ukrainische Odessa verlassen

hatte, offensichtlich eine Futtermühle ansteuerte, weil es Futtergetreide geladen hatte – und nicht einen Hafen in einem Land in Afrika, das von Hunger betroffen ist. Das Getreideabkommen stellt auch nur eingeschränkt die Situation von vor dem Kriegsausbruch wieder her. Auch damals hungerten, wie eingangs erwähnt, bereits 811 Millionen Menschen, weil es schon damals lukrativer war (und auch weiterhin ist), Getreide an Tiere in der industriellen Mast zu verfüttern, als es für Millionen von Menschen anzubauen, die kein Geld haben und deren Recht auf Nahrung missachtet wird. Viele haben angesichts des Krieges und der Dauerberichterstattung die Frage der ukrainischen Lebensmittelexporte in die Welt mit der Lösung der Welthungerproblematik verwechselt. Leider ist die Problematik deutlich komplexer. Durch den alleinigen Fokus auf die Exporte aus der Schwarzmeerregion wurden viele andere Lösungsansätze vernachlässigt, wie etwa der Ausbau agrarökologischer Beratung in den Ländern des Südens zur Produktionsanpassung und Steigerung gerade im Sinne der Ernährungsdiversität.

**Futteranbau bleibt
lukrativer als
Hungerbekämpfung**

CFS 50, eine lange erwartete Debatte

Auf der 50. Vollversammlung des CFS (CFS 50) im Oktober 2022 zeigte sich immer deutlicher, wer Krisenantworten blockiert, die abseits der ausgetretenen Pfade von mehr Freihandel und mehr Düngemittleinsatz liegen. Auch trat die neue geopolitische Blockbildung immer deutlicher zutage. Bei den CFS-Verhandlungen in Rom zeigten sich folgende Blöcke: 1) Russland und Verbündete (Weißrussland, Venezuela und Nicaragua); 2) USA, G7, die EU, Neuseeland und Australien; 3) Argentinien und Brasilien für die agrarexportierenden Staaten; und 4) die Agrargüter importierenden Niedrigeinkommensländer. Als fünfter Block kann noch der CSIPM, zusammen mit dem Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, angesehen werden. Sie setzten sich vehement für eine koordinierte Krisenantwort aus dem CFS ein, die nicht nur die Folgen des Ukraine-Kriegs betrachtet. Als sechstes verfolgt China als stiller Beobachter die Debatten und treibt über den neuen General Direktor der FAO Qu Dongyu eine neue technologische Agenda im Bereich Landwirtschaft voran.

In der Debatte zur Bewertung der Welternährungslage schoben sich Russland und die USA immer wieder gegenseitig die Schuld für die zugespitzte Lage zu und stellten auf zynische Art und Weise ihre geopolitischen Interessen über die Aufgabe, das Recht auf Nahrung derer zu erfüllen, die von der Hungerkrise betroffen sind. Die EU und auch Deutschland bemerkten zu spät, in welche Sackgasse die Verhandlungen manövriert wurden. Auch Argentinien und Brasilien ließen wenig Zweifel daran, dass sie ihre Exportinteressen schützen wollen und daher lieber keine differenzierte menschenrechtliche Antwort des CFS auf die Krise sehen wollen, die möglicherweise auch noch Agrarökologie und kurze Lieferwege unterstützt. Die Gruppe der importierenden Niedrigeinkommensländer verfolgte den Streit der drei anderen Blöcke zumeist schweigend. Da sie von allen drei Blöcken bei Lebensmittelimporten abhängig sind, wollten sie wahrscheinlich keinen der möglichen Lieferanten von lebenswichtigen Nahrungsmitteln verärgern. Oder sie waren institutionell von den andauernden Krisen so geschwächt, dass sie sich nicht in die Verhandlungen einbringen konnten. So konnte die Debatte im CFS nicht beendet werden und die Verabschiedung der Abschlusserklärung musste vertagt werden.²²

**Geopolitische
Interessen verhindern
Hungerbekämpfung**

Welche weiteren Erkenntnisse brachte das CFS 50? Man konnte eine sichtlich bemühte Delegation des deutschen Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL) erleben, die sich zum Ziel gesetzt hatte, das CFS und das Recht auf Nahrung zu stärken. Auch konnte man erneut eine gut im CSIPM organisierte Zivilgesellschaft und einen konstruktiv schlagfertigen Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung erleben. Und im Anschluss an das CFS gab es möglicherweise eine Annäherung von progressiven, in der OECD vertretenen lateinamerikanischen Staaten und progressiven europäischen Kräften, um das CFS zu stärken und wieder mit mehr Leben zu füllen.

Kurz nach einem ernüchternden CFS, bei dem die problematischen Auswirkungen der neuen Blockbildung offen zutage traten und die Positionen der unterschiedlichen Blöcke über das Recht auf Nahrung gestellt wurden, wurden neue Initiativen für das CFS gestartet. Insbesondere der verstärkte und von neuen Leitlinien geführte Einsatz des BMEL für das CFS und das Recht auf Nahrung macht Hoffnung. So soll in Zukunft auch das Global Forum for Food

and Agriculture (GFFA) am Recht auf Nahrung und dem CFS ausgerichtet werden und die »Politik gegen Hunger-Konferenzen« stark wiederbelebt werden. Weiter stimmt optimistisch, dass Ende Oktober 2022 die auch international äußerst destruktive Regierung Bolsonaro in Brasilien abgewählt wurde.

Waldschutz – weitgehende Versprechungen und ein neuer Regulierungsansatz der EU

Die – wenn auch sehr knappe – Wahl von Lula da Silva zum brasilianischen Präsidenten bietet neue Möglichkeiten für den internationalen Waldschutz. Lula hat angekündigt, den Schutz des Regenwalds und den Stopp der Entwaldung zu einem Schwerpunkt seiner Regierung zu machen. Dazu sind allerdings wirtschaftliche Alternativen zum Raubbau an den Ressourcen und dem exportorientierten Agrarmodell Brasiliens und anderer lateinamerikanischer Länder notwendig. Die Zusage der Bundesregierung, mehr Mittel für den Regenwaldschutz im Amazonas, dem Kongo und in Südostasien bereitzustellen, ist ein erster Schritt in diese Richtung. Gleichzeitig braucht es eine stärkere finanzielle und politische Unterstützung durch Bundesregierung und EU für agrarökologische Produzent:innen und indigene Gruppen sowie der Landlosenbewegung. Nur zusammen mit diesen progressiven Kräften im ländlichen Raum kann eine Trendwende beim Waldschutz erreicht werden. Gerade für diese Kräfte ist die Frage einer umfassenden Landreform von großer Bedeutung, um Landvertreibung und Zerstörung von Waldnutzungssystemen rückgängig zu machen. Die Ansätze der Landreform in Kolumbien können hier wegweisend sein und sollten gerade von Deutschland stark unterstützt werden.²³ Mit Blick auf das zehnjährige Jubiläum der Freiwilligen Leitlinien Land (VGGT) des CFS und dem auch in Deutschland zunehmenden Landgrabbing, muss viel mehr Fokus auf dieses Thema der Landreform gelegt werden.

**Schutz des
Regenwalds –
Hoffnungsträger
Lula da Silva**

Ergänzt werden kann dies durch die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten. Hier hat das Europäische Parlament den von der Kommission eingebrachten Entwurf an wichtigen Stellen verbessert.²⁴ Schwierig bleibt aber, dass mit diesem Ansatz Entwaldung der Vergangenheit, ab einem gewissen Stichtag, akzeptiert wird und die ersten Vorschläge für diesen Stichtag waren völlig inakzeptabel. Der Begriff »entwaldungsfrei« ist somit zumindest teilweise irreführend. So soll neben Soja, Palmöl, Rindfleisch, Kakao und Kaffee auch der Import von Kautschuk, Mais sowie Schweine- und Hühnerfleisch nur dann erfolgen dürfen, wenn er nicht auf Entwaldung basiert. Zudem sollen neben dem Regenwald auch andere ökologisch entscheidende Gebiete wie Savannen und Feuchtgebiete vor Degradierung geschützt werden. Der Europäische Rat, der die Mitgliedsstaaten vertritt, lehnt diese Verbesserungen bislang ab, und will im Gegenteil den Vorschlag der Kommission an einigen Punkten sogar noch abschwächen.

**»Entwaldungsfrei« –
irreführender Begriff**

Mindestens so wichtig für den Beitrag, den die EU für die globale Entwaldung spielen wird, wird das weitere Vorgehen zum Freihandelsabkommen zwischen EU und Mercosur. Dies sieht bislang vor, die Märkte der EU für entwaldungsintensive Produkte wie Rindfleisch und Zucker/Ethanol noch stärker zu öffnen. Statt dieses Abkommen – eventuell ergänzt um einige Nachhaltigkeitsdeklarationen – in der vorliegenden Form in Kraft zu setzen, wäre eine grundlegende Neuausrichtung im Sinne von Agrarökologie, Landreform und Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität nötig. Es muss darum gehen, den wirtschaftlichen Austausch zwischen der EU und Mercosur so zu gestalten, dass Wald- und Ressourcenschutz aktiv vorangebracht werden, statt nur negative Auswirkungen zu begrenzen. Äußerungen von Lula da Silva zum Freihandelsabkommen deuten in eine ähnliche Richtung – die EU sollte dies aufgreifen.

Hilf dir selbst, sonst hilft dir keiner

Angesichts der verschärften Ernährungskrise und dem Ausbleiben einer Antwort der Vereinten Nationen, die die Betroffenen einbezieht und auf dem Recht auf Nahrung aufbaut, hat der CSIPM im Vorfeld des CFS 50 erneut eine Basisbefragung durchgeführt, um aufzuzeigen, was gebraucht werden würde.²⁵ Es wurde deutlich, dass es viele erfolgreiche bäuerliche und indigene Versuche gibt, eigene Weg aus der Krise zu finden, die dringend adaptiert und skaliert werden könnten. Bestes Beispiel sind die agrarökologischen Produkte, die von der brasilianischen Landlosenbewegung an die urbanen Wohnungslosen verteilt, gemeinsam in

Suppenküchen gekocht und den Hungernden zur Verfügung gestellt werden. Viele dieser Ansätze sind nicht monetär, basieren auf Agrarökologie, also eine Landwirtschaft, die nicht auf externe Inputs angewiesen ist, sondern Lösungen zusammen mit der Biodiversität und den Menschen findet sowie den Menschen hilft, wo sie es am meisten brauchen.²⁶

Hilfe brauchen immer häufiger arme Menschen in den Städten. Es ist eines der größten Probleme der bisherigen Krisenmaßnahmen und des einseitigen Fokus auf die Schwarzmeerregion und die langen Wertschöpfungsketten, dass nicht lokale Versorgungsstrukturen gefördert werden. So stehen viele erfolgreich agrarökologisch produzierende Bäuerinnen und Bauern immer wieder vor dem Problem, wie die Ernte in die Städte zu bringen ist und dort auch diejenigen erreicht, die solche Lebensmittel am dringendsten benötigen. Es braucht internationale Unterstützung dafür, diese lokalen Transportverbindungen zur Versorgung

Die Lösung der Krise liegt auf dem »Acker um die Ecke«

Fünf Kernforderungen an die Politik

1. Die Antworten auf die verschärfte Welternährungskrise müssen die von Hunger und Mangelernährung Betroffenen erreichen und sie dabei unterstützen, ihre eigenen Lösungen umzusetzen. Diese Partizipation wird erreicht, wenn die Antworten auf die Krisen auf Basis des Rechts auf Nahrung und am besten im Welternährungsausschuss (CFS) der Vereinten Nationen gesucht und gefunden werden. Auch die EU-Agrarpolitik (GAP) mit ihrer Farm-to-Fork-Strategie ist am Recht auf Nahrung und den CFS-Beschlüssen sowie den Empfehlungen der thematisch zuständigen UN-Sonderberichterstatter auszurichten. In Deutschland sollten die zuständigen Ministerien (BMEL und BMZ) sich in ihrer Förderung ebenfalls viel stärker auf die Umsetzung von CFS-Beschlüssen fokussieren.
2. Mit Blick auf die akute Energie- und Düngemittelkrise sowie die sich weiter zuspitzenden Biodiversitäts- und Klimakrisen müssen insbesondere die Produzent:innen unterstützt werden, die sich bereits in der agrarökologischen Transformation befinden. Zentral dafür ist weltweit der Umbau der Agrarberatung hin zur Agrarökologie. Im globalen Süden sollte dies mit einem systematischen Auf- und Ausbau der Agrarberatung einhergehen. Gleichzeitig sind für Biodiversität und Klima schädliche Subventionen (z. B. für Dünger, Pestizide, Treibstoffe) bis hin zur Einstellung abzubauen und die gesparten Mittel der Agrarökologie zuzuführen.
3. Die Antworten auf die Ernährungskrisen müssen von denen bezahlt werden, die bisher von den Krisen und dem ihnen zugrunde liegendem Agrarsystem profitiert haben. Ein erster Schritt sind Übergewinnsteuern für Agrar-, Energie- und Ernährungskonzerne sowie Aktienfonds. Die gewonnenen Finanzmittel sind für die bessere Finanzierung der humanitären Hilfe und der agrarökologischen Transformation der Ernährungssysteme sowie einen multilateralen Fonds für soziale Sicherung einzusetzen.
4. Reiche dürfen in Zeiten von Krisen nicht noch reicher und mächtiger werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung sollte sein, den Handel mit Nahrungsmitteln an Börsen in Zeiten einer globalen Ernährungskrise auszusetzen. Anders sind Spekulationsgewinne weniger Reicher und großer Fonds auf Basis extrem steigender oder fallender Preise nicht zu verhindern. Die Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) und der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung müssen, zusammen mit dem CFS, einen Mechanismus entwickeln, wie der börsenbasierte Anteil des globalen Agrarhandels in solchen Notfällen anders gesteuert werden kann. Angesichts des übermäßigen Einflusses der Agrarbörsen – gerade in Krisenzeiten – auf die globale Preisbildung für Lebensmittel sind zudem Alternativen zum Börsenhandel zu prüfen und zu entwickeln.
5. Im Bereich Handel muss die Stärkung der Ernährungssouveränität in den Fokus der Politikansätze gestellt werden. Dies bedeutet, die lokale Produktion zu stärken und kurze Lieferketten aufzubauen. Ganz konkret könnten z. B. Markthallen in urbanen und ruralen Zentren des globalen Südens errichtet werden, damit die Produzent:innen dort ihre Produkte direkt vermarkten können. Diese Märkte müssen, um Lebensmittelverlusten vorzubeugen, mit einer öffentlichen Lager- und Kühlinfrastruktur ausgestattet werden. Zentral ist auch, dass sie von Produzent:innen und Konsument:innen mit öffentlichen Transportmitteln zu erreichen sind, die möglichst nicht von fossiler Energie abhängig sind. Hier sind Konzepte zum Aufbau moderner Schmalspurbahnen, Seilbahnen und der Elektromobilität im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu entwickeln und zu fördern. Diese lokalen wie regionalen Handelsanstrengungen sind durch eine globale Agrarhandelspolitik zu flankieren, die lokale Märkte vor unfairer Wettbewerb schützt und am Recht auf Nahrung ausgerichtet ist.



der urbanen Zentren aus den Ländern selbst zu stärken. Hierbei muss der Fokus auf Transportformen gelegt werden, die nicht auf fossiler Energie basieren.

Die Lösung der Krise liegt also auf dem »Acker um die Ecke« und in der Solidarität zwischen der ländlichen und urbanen Bevölkerung sowie in einer verbesserten regional-lokalen, nicht fossilen Transportinfrastruktur. Auf dieser Basis lässt sich das Recht auf Nahrung verwirklichen. Diese Basis muss endlich von der internationalen Staatengemeinschaft gelegt werden. Bisher ist dies aber überhaupt nicht in ihrem Fokus. Daher gilt für die von der Krise Betroffenen weiter: »Helft euch selbst, sonst hilft euch keiner«.

Anmerkungen

- 1 Grafik in überarbeiteter Form entnommen aus: FAO et al: In brief to the state of food security and nutrition in the world. Rome 2022 (<https://doi.org/10.4060/cc0640en>), p. 13.
- 2 Siehe hierzu meinen Beitrag: »Therapie mit schweren Nebenwirkungen. Corona und die Folgen für Welt-ernährung und Weltgesundheit.« In: Der kritische Agrarbericht 2021, S. 102-108.
- 3 CSM: Voices from the ground: From COVID-19 to radical transformation of our food systems. Rome 2020 (www.csm4cfs.org/wp-content/uploads/2020/12/EN-COVID_FULL_REPORT-2020.pdf). – CSIPM: The UN Committee on World Food Security must respond to the people affected by the growing food crisis. 12 October 2021 (www.csm4cfs.org/the-un-committee-on-world-food-security-must-respond-to-the-people-affected-by-the-growing-food-crisis/).
- 4 Kritisch dazu: L. Bassermann, R. Herre und S. Tanzmann: Gipfel der Ignoranz. Wier der UN-Ernährungsgipfel und seine Folgen der Bekämpfung des Hungers mehr schadet als nützt. In: Der kritische Agrarbericht 2022, S. 111-116.
- 5 CSIPM: CSM Vision on Food Systems and Nutrition (www.csm4cfs.org/csm-vision-on-food-systems-and-nutrition/).
- 6 »China state planner to guarantee energy supply to fertiliser makers«. Reuters 2. December 2021 (www.reuters.com/markets/commodities/china-state-planner-guarantee-energy-supply-fertiliser-makers-2021-12-02/).
- 7 Zur Düngerproblematik siehe auch den Beitrag von Gideon Tups, Lena Bassermann und Lena Luig in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 115-120).
- 8 FAO: World Food Price Index, dated 4. November 2022 (www.fao.org/worldfoodsituation/foodprices-index/en/).
- 9 Siehe hierzu den Beitrag von B. Haerlin: »Business as usual ist keine Option mehr«. Weltagrarbericht fordert radikale Wende der Agrarpolitik und -forschung. In: Der kritische Agrarbericht 2009, S. 69-73.
- 10 T. Welsh: Devex dish: The end of the Alliance for a Green Revolution in Africa. In: Devex, dated 14. September 2022 (www.devex.com/news/devex-dish-the-end-of-the-alliance-for-a-green-revolution-in-africa-103987).
- 11 Quelle: UNCTAD. – Grafik mit freundlicher Genehmigung von Brot für die Welt entnommen aus dem Blogbeitrag: »Hungerkrise durch Ukraine-Krieg« (www.brot-fuer-die-welt.de/spenden/wuerde/hungerkrise-ukrainekrieg/).
- 12 <https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=q:WT/MIN22/29.pdf&Open=True>.
- 13 <https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=q:WT/MIN22/28.pdf&Open=True>.
- 14 R. Sengputa: Meagre harvest on agriculture and food security issues. In: Third World Resurgence 351 (2022), pp. 25-28 (<https://twm.my/title2/resurgence/2022/351/cover04.htm>).
- 15 <https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=q:WT/MIN22/33.pdf&Open=True>.
- 16 <https://twm.my/title2/wto.info/2022/ti220627.htm>.
- 17 Siehe hierzu auch den Beitrag von Martin Häusling in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 68-72).
- 18 Siehe hierzu den Beitrag von Gideon Tups, Lena Bassermann und Lena Luig in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 115-120).
- 19 N. Foote: European Commission announces communication on fertilisers. In: EURACTIV, dated 6. October 2022 (www.euractiv.com/section/agriculture-food/news/european-commission-announces-communication-on-fertilisers/).
- 20 CSIPM response to the invitation of the Global Alliance for Food Security (GAFS) to join their steering group. 29. July 2022 (www.csm4cfs.org/csipm-response-to-the-invitation-of-the-global-alliance-for-food-security-gafs-to-join-their-steering-group/).
- 21 https://unfccc.int/sites/default/files/resource/Koronivia_decision_1.pdf.
- 22 C. Grefe: Kampf gegen ein falsches globales System. In: Die ZEIT vom 14. Oktober 2022 (www.zeit.de/politik/ausland/2022-10/welternahrungstag-vereinte-nationen-hungersnot).
- 23 <https://blogs.taz.de/lateinamerika/100-tage-petro/>.
- 24 Position of the European Parliament on the regulation against deforestation and forest degradation. 13. September 2022 (www.nachhaltige-agrarlieferketten.org/en/news/position-of-the-european-parliament-on-the-regulation-against-deforestation-and-forest-degradation/).
- 25 CSIPM: Voice from the ground 2: Transformative solutions to the global systemic food crises. 29. September 2022 (www.csm4cfs.org/voices-from-the-ground-transformative-solutions-to-the-global-systemic-food-crisis/).
- 26 Zur Agrarökologie als Paradigma eines nachhaltigen Landwirtschafts- und Ernährungssystems siehe auch den einleitenden Beitrag von Michael Hauser in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 21-28).



Stig Tanzmann

Landwirt und Agrarwissenschaftler, seit 2010 als Referent für Landwirtschaft bei Brot für die Welt.

stig.tanzmann@
brot-fuer-die-welt.de